

## Neue Mitte: Grün

Vor der Wahlentscheidung in Nordrhein- Westfalen haben wir erwartet, mit einem klaren Wahlausgang im bevölkerungsreichsten Bundesland würden auch die längsten Koalitionsverhandlungen der Geschichte auf Bundesebene endlich zu Ende gehen. Denn der Eindruck verstärkte sich zusehends, dass der von den Duz-Freunden Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle wachschweich formulierte Koalitionsvertrag kaum auf Einigung beruhte. Noch viel weniger stiftet er bislang Einigkeit zwischen den Koalitionären.

Doch die Wählerinnen und Wähler im bevölkerungsreichsten Bundesland haben im Beliebigen des Wünschbaren mäandernde Politiker nicht in die Spur des eindeutig Finanzierbaren geschickt. Sicher ist eines, nämlich gar nichts. NRW aber braucht eine stabile Regierung, und zwar jetzt. Eine Regierung, die sich gerade in Zeiten der Krise ihrer politischen Verantwortung stellt. Die Wirtschaft, insbesondere die Chemie, kann sich keinen Stillstand leisten. Uns stehen spannende Wochen bevor, in Düsseldorf, in Berlin und in Europa.

Apropos Europa: Auch Großbritannien hat vor kurzem gewählt. In einem Land, das wegen seines Mehrheitswahlrechts Koalitionsregierungen praktisch nicht kennt, haben die Koalitionsverhandlungen eine knappe Woche in Anspruch genommen. Und dies bei zwei Partnern, die sich von ihrem politischen Programm alles andere als nahestehen. Eine knappe Woche – man stelle sich das einmal für Deutschland vor! Noch sondieren in Düsseldorf die Damen und Herren, wer mit wem sondieren darf. Wertvolle Zeit verstreicht. Statt Probleme möglichst schnell anzupacken, wird gerungen und taktiert. Manchmal, aber nur manchmal, wünsche ich mir britische Verhältnisse in Deutschland. Etwas mehr *common sense*.

Betrachten wir das Wahlergebnis in NRW etwas genauer. Es gibt, abgesehen von der Partei Die Linke, die endgültig in den westdeutschen Bundesländern „angekommen“ ist, lediglich einen wirklichen Wahlsieger. Und der heißt Bündnis 90/ Die Grünen. Die Grünen haben es geschafft, von allen übrigen Parteien Wähler abzuschöpfen. Auffallend hoch ist dabei der Anteil der sogenannten bürgerlichen Wähler aus den oberen Einkommenssegmenten, vor allem Selbstständige und Mittelständler. Diese gehören eigentlich zur Kernklientel der Liberalen. Aus der einstigen Partei der Ökopaxe scheint sich also ein ökoliberales Konkurrenzmodell zur FDP entwickelt zu haben. Der wahre Gegner für die FDP ist demnach weder rot noch schwarz, sondern grün. Die von Altkanzler Schröder vor zwölf Jahren propagierte „Neue Mitte“ hat einen grünen Anstrich erhalten. Konzentriert auf die wohlhabenden Ballungsräume war sie immer schon. So finden sich die Hochburgen der Grünen in Universitätsstädten wie etwa Bonn, wo sie mittlerweile bis zu einem Drittel der Wähler überzeugen können.

Klammert man die energie- und umweltpolitischen Konzepte aus – freilich die Gretchenfrage aus Sicht der Chemie – so war der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Parteien bei dieser Wahl im unterschiedlichen Ansatz zur kommunalen Selbstverwaltung zu suchen. Während für die Wähler der FDP die steuerliche Entlastung des Einzelnen im Vordergrund steht, nehmen Grünen-Wähler gegebenenfalls auch eine höhere steuerliche Belastung in Kauf, um im Gegenzug öffentliche Dienste stärker finanzieren und als Bürger in Anspruch nehmen zu können. Im Grunde geht es um die jeweils individuell wahrgenommene Entlastungs- und Finanzierungsbereitschaft. Die Fragen lauten: Wie hoch ist der Beitrag, den ich zu leisten bereit bin? Wo fängt für mich persönlich die finanzielle Schmerzgrenze an? Welchen Beitrag fordere ich über Steuerentlastungen zurück, wo bevorzuge ich Sachleistungen?

Vor allem einem Thema wird man in Anbetracht dieser gespaltenen Mitte eine bislang noch selten in ihrer Tragweite erkannte politische Zukunftsdynamik bemessen müssen: Der öffentlichen Daseinsvorsorge. Reihenweise sind die Modelle kommunalen Outsourcings zentraler Funktionen der Daseinsvorsorge grandios geplatzt. Die ehemals Kapitalanlagemöglichkeiten suchenden Finanzinvestoren haben auf turbulenten Märkten zu viel Kapital verloren, um ihren Investitionspflichten noch nachkommen zu können. Nun müssen die verarmten Kommunen doch wieder in die Bresche springen und die ausgelagerte Wasseraufbereitung, Stromlieferung oder die Wohnungswirtschaft erneut in Eigenregie erbringen.

In der bürgerlichen Mitte des modernen deutschen Fünfparteiensystems ist es jedenfalls eng geworden. Die Parteien müssen sich – zu Recht – immer stärker anstrengen, um die für ihr jeweiliges Wählerpotential relevanten Themen spezifisch zu besetzen. Die Wähler müssen noch aktiver als bisher umworben werden, auch nach einer Wahl. Parteien haben die Pflicht, den Wählerwillen umzusetzen und sich um diesen zu kümmern. Und wir alle haben die Pflicht, die Parteien an die Wahrnehmung ihrer Pflicht zu erinnern. Das gilt natürlich ebenso für die künftigen Regierungsparteien in Nordrhein-Westfalen.



**Gerhard Kronisch,**  
Hauptgeschäftsführer des VAA

## Haircut für Griechenland?

**Das Euro- Rettungspaket steht. Bis zu 750 Milliarden Euro Hilfen wurden zum Schutz des Euro auf den Weg gebracht: Nachvollziehbare Verteidigung der Währungsunion oder nicht tolerierbarer Verstoß gegen EU- Recht?**

Dazu im Interview: Professor Dr. Dietrich Murswiek, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg. Bei einer Sachverständigenanhörung zur Griechenlandhilfe Anfang Mai im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sah Murswiek das Rettungspaket nicht durch den Lissabon- Vertrag gedeckt.

### Epressung von Mitgliedsstaaten

**VAA- Newsletter:** Sie haben bei der Anhörung im Haushaltsausschuss am 5. Mai zu der Griechenlandhilfe starke Bedenken an der Europarechtskonformität der Hilfsmaßnahmen geäußert. Warum?

**Murswiek:** Die Griechenlandhilfe ist mit dem Bail- out- Verbot des Art. 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) unvereinbar. Nach dieser Bestimmung ist jeder Mitgliedstaat der Eurozone allein für seine Verbindlichkeiten verantwortlich. Weder die EU noch die anderen Mitgliedstaaten dürfen für solche Verbindlichkeiten eintreten. Diese Vorschrift ist von fundamentaler Bedeutung für die Preisstabilität im Euroraum. Wird sie nicht strikt eingehalten, dann können diejenigen Staaten, die eine unsolide Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik betreiben, darauf spekulieren, von den anderen Mitgliedstaaten im Ernstfall schon herausgehauen zu werden. Sie können sich dann nach Belieben verschulden und die anderen Mitgliedstaaten erpresserisch unter Druck setzen mit dem Argument: Wenn ihr uns nicht helft, dann bricht alles zusammen. Wird aber – wie jetzt beschlossen – die Hilfe gewährt, dann stürzt dieser tragende Pfeiler der vertraglichen Stabilitätskonstruktion ein. Auch andere Mitgliedstaaten werden sich auf die Hilfe der Gemeinschaft verlassen und keinen Anreiz mehr sehen, nachhaltige Haushaltspolitik zu betreiben.

### Europarecht beachten

**VAA- Newsletter:** Halten Sie die Argumentation der Bundesregierung, dass eine Verteidigung der eigenen Währung, nämlich des Euros, die Kredithilfe für Griechenland rechtfertigt, für verfassungsrechtlich belastbar oder für konstruiert?

**Murswiek:** Europarechtlich ist sie nicht zutreffend, und die Verfassung verlangt auch die Beachtung des Europarechts.

**VAA- Newsletter:** In Anbetracht der sich zuspitzenden sozialen Konfliktlage in Griechenland, in Anbetracht aber auch der Gefahren für andere europäische Staaten, war die Bundesregierung nicht doch in einer Lage, in der kaum eine andere Entscheidung politisch verantwortbar war?

**Murswiek:** Es wäre verantwortlich und notwendig gewesen, auf einen geordneten „Haircut“ hinzuwirken, also auf eine Insolvenz Griechenlands, bei der die Gläubiger durch eine Kürzung ihrer Forderungen ihren Beitrag zur Lösung der Krise leisten. Das Rettungspaket ist ein Paket nicht zur Rettung Griechenlands, sondern zur Rettung der Banken, die in verantwortungsloser Weise auf die hohen Renditen griechischer Anleihen gesetzt und gleichzeitig darauf spekuliert haben, dass der Steuerzahler ihnen das Risiko abnimmt.

**VAA- Newsletter:** Erwarten Sie eine weitere Anpassung des Lissabonvertrages? Frau Merkel hat ja angekündigt, sich für die Beschränkung von Mitgliedschaftsrechten von EU- Mitgliedsstaaten einzusetzen, die dauerhaft gegen den Stabilitätspakt verstoßen.

**Murswiek:** Das wäre sinnvoll – ob auch politisch durchsetzbar, wird man abwarten müssen.

**VAA- Newsletter:** Kann das Resultat dieser Krise womöglich ein Schub für eine weitere Förderalisierung der EU sein oder ist nach Ihrer Ansicht eher zu erwarten, dass die Europäische Union zu einer Freihandelszone infolge dieser Krise herabsinkt?

**Murswiek:** Der neue Beschluss des Rates der Finanzminister vom 9./10. Mai über einen europäischen Stabilisierungsmechanismus geht klar in Richtung auf weitere Zentralisierung und in Richtung auf Entwicklung der Währungsunion zu einer Transferunion. Sarkozy schwärmt schon, man habe nun eine veritable europäische Wirtschaftsregierung. Das entspricht nicht der Konzeption des Vertrages. Ohne förmliche Vertragsänderung ist das rechtlich nicht möglich, und eine Vertragsänderung, die auf eine solche Umstrukturierung des Vertrages abzielte, könnte die Grenzen dessen überschreiten, was das Grundgesetz an europäischer Zentralisierung zulässt.



Professor Dr. Dietrich Murswiek ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg.

## VAA- Delegiertentagung: Forschungsstandort stärken

Forschung und Entwicklung (FuE) in der chemischen Industrie sollten steuerlich stärker gefördert werden. Dies forderten die VAA- Delegierten auf ihrer diesjährigen Tagung am 8. Mai in Bonn.



Dr. Karlheinz Messmer (Bildmitte) wurde auf der Delegiertentagung für sein langjähriges Engagement im VAA zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes ernannt.

Dabei müsse nach Auffassung des Verbandes die steuerliche Forschungsförderung auf Unternehmen aller Größen ausgeweitet und nicht auf kleine und mittlere Unternehmen beschränkt werden. Diese [Forderung](#) stieß nicht auf einmütige Zustimmung. Einzelne kritische Stimmen verlangten, man solle als selbstbewusste Industrie nicht für Subventionen eintreten. Die Mehrzahl der VAA- Delegierten sah die steuerliche Forschungsförderung jedoch pragmatisch und warnte vor Wettbewerbsverzerrungen durch bereits gewährte Forschungsförderung im Ausland. Sie begründete ihre Forderung außerdem mit der Stärkung der Innovationskraft der Deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und dem Erfordernis, hochproduktive Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen und zu halten.

### Moderne Zukunftstechnologien fördern

Die Delegierten forderten die Politik außerdem dazu auf, den Wissenschaftsstandort Deutschland durch den Ausbau und die Förderung moderner Zukunftstechnologien wie der Pflanzenbiotechnologie zu schützen. Die VAA- Delegierten sprachen sich zudem deutlich gegen eine Quotierung beim Übergang von Bachelor- zu Masterstudiengängen aus. Sie fordern die Politik des Weiteren dazu auf, in der Unternehmensmitbestimmung die Pluralität im Aufsichtsrat auch weiterhin zu gewährleisten und die Realwirtschaft durch größere Transparenz auf den Kapital- und Finanzmärkten zu stärken.

Dr. Thomas Fischer, 1. Vorsitzender des VAA, erinnerte in seiner [Rede](#) an das 90- jährige Bestehen des Manteltarifvertrags für akademisch gebildete Angestellte in der chemischen Industrie. Er wies darauf hin, dass die derzeitige Rechtssprechungsänderung, die zum Wegfall des Grundsatzes der Tarifeinheit führe, für einen Verband wie den VAA zur ernsthaften Herausforderung werden könne. Er warb dafür, dieses wichtige Zukunftsthema gemeinsam auf den am 17. September stattfindenden zweiten [Friedrichshafener Arbeits-, Wirtschafts-, Sozialrechtstagen](#) an der Zeppelin Universität zu

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Martin Kraushaar, VAA

VAA Geschäftsstelle Köln: Mohrenstraße 11-17, 50670 Köln, Telefon 0221 160010

VAA Büro Berlin: Kaiserdamm 31, 14057 Berlin, Tel. 030 3069840

diskutieren. In diesem Zusammenhang nahm er Stellung zum diesjährigen Tarifabschluss zwischen IG BCE und BAVC. Dieser sei zwar in der momentanen Lage angemessen, dennoch müsse der schleichenden Entwicklung, die Gehälter im unteren AT- Bereich und das Niveau der obersten Tarifgruppe je nach Unternehmen immer stärker anzunähern, Einhalt geboten werden. Fischer wies darauf hin, dass anderenfalls die Konflikte im und mit dem Betriebsrat, etwa um die Ausgestaltung der AT- Gehaltsbänder, unweigerlich schärfer würden. Damit werde die Auseinandersetzung in die Betriebe und Unternehmen verlagert. Fischer rief den Delegierten selbstbewusst zu: „Die grundlegenden Fragen der Arbeitsbedingungen müssen auf der Ebene der Tarifvertragsparteien geklärt werden. Dort gehören sie hin!“

Vorstandsmitglied Dr. Wolfram Uzick hob im Jahresrückblick die zahlreichen Veranstaltungen und Umfragen des VAA hervor, und präsentierte den aktuellen Stand der Betriebsrats- und Sprecherausschusswahlen. VAA- Vorstand Dr. Michael Friedrich stellte in seinem Ausblick die im September stattfindende Europäische Sozialpartnerfachtagung zum Thema Demografischer Wandel sowie das Projekt einer Informations- und Kommunikationsplattform für VAA- Mitglieder vor.

Schatzmeister Raimund Barth erstattete den Haushaltsbericht und zeigte im Haushaltsplan auf, wie die Finanzen und das Vermögen des Verbandes sich im kommenden Jahr voraussichtlich entwickeln werden. Der Vorsitzende der Kommission Einkommen, Dieter Jorra, stellte erste Ergebnisse der Einkommensumfrage 2009 vor. Aus diesen geht klar hervor, dass die Wirtschaftskrise auf das Einkommen der Führungskräfte durchgeschlagen hat.

Am Vorabend der Delegiertentagung veranstaltete der VAA eine Podiumsdiskussion mit fünf Politikern der im Bundestag vertretenen Parteien sowie dem Parteienforscher Professor Jürgen Falter. Unter dem Titel "Kaltstart aus der Krise" bezogen die Politiker Stellung zu aktuellen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik und stritten über die Währungspolitik in Europa.

## Keine "entgegengesetzte betriebliche Übung" mehr

**Eine betriebliche Übung kann nicht mehr dadurch rückgängig gemacht werden, dass der Arbeitgeber mehrmals nicht zahlt und der Arbeitnehmer stillschweigend zustimmt. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden und damit die schon im vergangenen Jahr eingeleitete Änderung seiner Rechtsprechung zu dieser Frage bestätigt.**

Bislang war es gängige Rechtspraxis, dass der Arbeitgeber eine einmal eingetretene betriebliche Übung wieder zurücknehmen konnte, wenn er dreimal nicht zahlte und der betroffene Arbeitnehmer nicht widersprach. Das BAG hatte sich bereits in einem Urteil vom 18.03.2009 (Az. 10 AZR 281/08) auf den Standpunkt gestellt, dass das einseitige stillschweigende Abrücken von einer betrieblichen Übung nicht mehr zulässig sei. Es stelle eine unangemessene Benachteiligung der Arbeitnehmerseite dar, die nicht mehr toleriert werden könne, nachdem die Arbeitsverträge durch die Schuldrechtsreform unter den Schutz der allgemeinen Geschäftsbedingungen gestellt wurden. Diese Kehrtwende in der Rechtsprechung hat das BAG mit seinem Urteil vom 16.02.2010 (Az. 3 AZR 123 08) bestätigt.

Wenn der Arbeitgeber eine einmal eingetretene betriebliche Übung wieder rückgängig machen will, verweist ihn das BAG nun auf das klassische Handwerkszeug des Vertragsrechts: Er muss sich bemühen, in Verhandlungen ein Einvernehmen mit dem Arbeitnehmer herzustellen oder eine Änderungskündigung aussprechen, was jedoch mit Risiken vor dem Arbeitsgericht verbunden ist.

---

### Vorbehalte sind möglich

---

Im Arbeitsvertrag können zudem Widerrufs- und Freiwilligkeitsvorbehalte vereinbart werden. Allerdings hat das BAG die Wirkung von Widerrufsvorbehalten gerade in der letzten Zeit eingeschränkt.

Die Gründe für den Widerruf müssen vorher vertraglich konkretisiert sein, damit die notwendige Klarheit und Transparenz für den Vertragspartner gewahrt wird. Daran mangelt es in vielen Fällen.

Die Wirkung von Freiwilligkeitsvorbehalten hat das BAG dagegen verstärkt. Wenn im Vertrag eindeutig und erkennbar auch für zukünftige Leistungen niedergelegt wird, dass Zahlungen freiwillig erfolgen, gilt dieser Vorbehalt auch für die Zukunft und muss nicht jedes Mal wieder erneuert oder bestätigt werden.

Allerdings darf der Vertrag nicht widersprüchlich sein. Das ist schon dann anzunehmen, wenn an einer Stelle ein Freiwilligkeitsvorbehalt formuliert wird und später ohne erkennbaren Zusammenhang eine Sonderleistung wieder freiwillig und ohne Rechtsanspruch gewährt wird. Diese Widersprüchlichkeit macht den Freiwilligkeitsvorbehalt unwirksam.

---

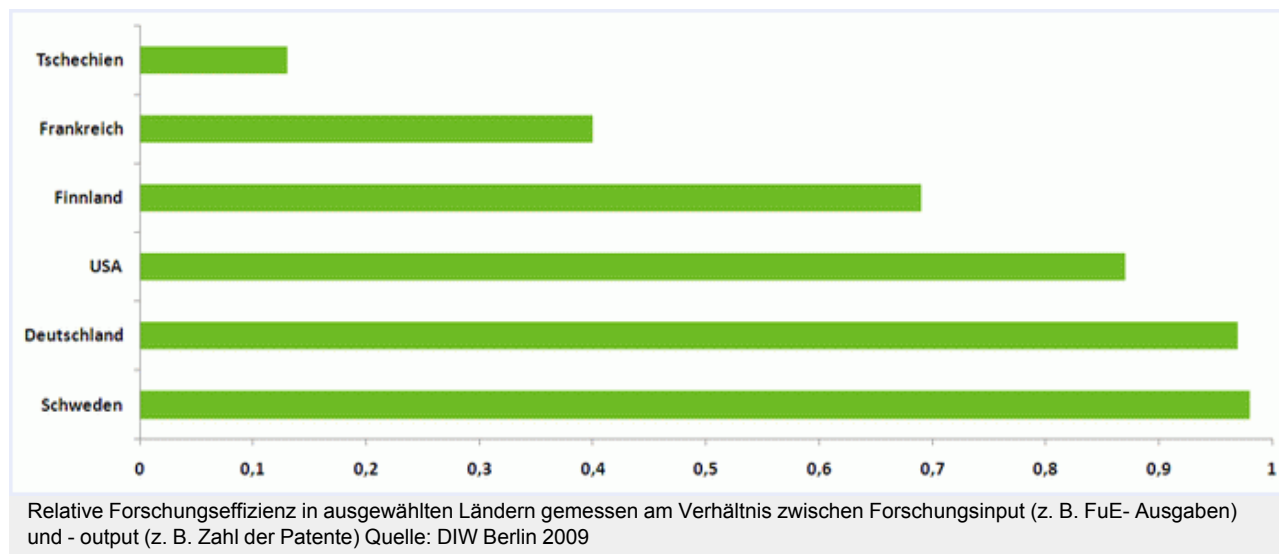
### VAA- Praxis- Tipp

---

Führungskräfte, in deren Verträgen regelmäßig Jahres- und Sonderleistungen vereinbart werden, sollten gründlich prüfen, wie es mit der Rechtsverbindlichkeit der Zusagen für die Zukunft aussieht. Klare vertragliche Regelungen sind einer allein auf der Basis von dreimaliger vorbehaltsloser Zahlung entstandenen betrieblichen Übung vorzuziehen. VAA- Mitglieder sollten sich bei Unklarheiten auf jeden Fall an den juristischen Service des Verbandes wenden.

## Deutschland forscht effizient

Auch wenn Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig in Bildung investiert, so herrscht hierzulande dennoch eine vorbildliche Forschungseffizienz. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) werden in Deutschland äußerst effizient eingesetzt. Damit wird auch der Wissenschaftsstandort Nummer eins, die USA, übertroffen. Lediglich Schweden weist eine bessere Forschungseffizienz auf.



## Kurzmeldungen



### Politik in Zahlen

Politische Zukunftsfragen auf einer soliden Faktenbasis diskutieren: Der VAA und der Deutsche Führungskräfteverband ULA bieten dafür mit "Politik in Zahlen" eine gemeinsame Veröffentlichung an. Statistiken sind als Stütze wissenschaftlicher und politischer Thesen nicht wegzudenken. Die Auswahl der präsentierten Statistiken wird bestimmt durch die besondere Interessenlage der Führungskräfte in der Gesellschaft. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### VAA- Sprecherausschusstagung 2010

Am 25. und 26. Juni 2010 findet in Dresden die diesjährige VAA- Sprecherausschusstagung statt. Themen werden unter anderem die Zusammenarbeit von Sprecherausschuss, Arbeitgeber und Betriebsrat sowie Best- Practice- Beispiele für Bonussysteme sein. Eine Anmeldung ist noch bis zum 8. Juni 2010 per [E-Mail](#) möglich.

## Links

### Griechenland- Hilfe

Am 7. Mai 2010 haben Bundestag und Bundesrat mit dem Währungsunion- Finanzstabilitätsgesetz den deutschen Beitrag zur Finanzhilfe für Griechenland verabschiedet. [Währungsunion- Finanzstabilitätsgesetz \(WFStG\)](#)

### Forschungseffizienz in Deutschland

Prof. Dr. Christian von Hirschhausen, Forschungsdirektor für Internationale Infrastrukturpolitik und Industrieökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), bescheinigt Deutschland eine im internationalen Vergleich hohe Innovationsfähigkeit.

[Interview mit Prof. Dr. Christian von Hirschhausen](#)

### Institut für Recht und Politik der Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen

Das Institut widmet sich dem Wandel der Arbeitsbeziehungen in der Informations- und Wissensgesellschaft und spricht die Probleme an, mit denen sich angestellte Akademiker und Leitende Angestellte in Unternehmen konfrontiert sehen.

[Institut für Recht und Politik der Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen](#)

## Termine

### 20.05.10: Informationsveranstaltung für Mitglieder in der Schweiz

Veranstalter: VAA

Ort: Vitra Design Museum, Weil am Rhein

### 26.05.10: Festakt zum 20. Jahrestag der Gründung des VFCI

Veranstalter: VAA

Referent: Prof. Dr. Ludger Wessjohann, stellv. Direktor des Leibniz- Instituts für Pflanzenbiochemie in Halle an der Saale

Ort: Händel- Haus, Halle an der Saale

### 27.05.10: Sitzung Kommission Betriebsräte

Veranstalter: VAA

Ort: Novotel Mainz, Augustusstr. 6, 55131 Mainz

### 07.06.10: Einführung in die Sprecherausschussarbeit

Veranstalter: Führungskräfte Institut GmbH FKI

Ort: VAA Geschäftsstelle Köln, Mohrenstraße 11-17, 50670 Köln

### 09.06.10: Seminar "Lösungsorientierte Kommunikation in schwierigen Situationen"

Veranstalter: VAA Services GmbH

Referentin: Dr. Corinna Hengsberger, Karriereplanung für Frauen, Management Coach

Ort: VAA Geschäftsstelle Köln, Mohrenstr. 11-17, 50670 Köln

Beschreibung: Das Seminar richtet sich an Frauen in Führungspositionen und Frauen in Teams. Die Seminargebühr beträgt für VAA- Mitglieder 250,00 € und für Nichtmitglieder 400,00 €, jeweils zzgl. Umsatzsteuer. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Daher wird eine frühzeitige Anmeldung unter 0221 1600112 oder [per E-Mail](#) empfohlen, spätestens bis zum 19.05.2010.

### 11./12.06.10 - 12.06.10: Betriebsrätekonferenz

Veranstalter: VAA Services GmbH

Ort: Novotel Mainz, Augustusstraße 6, 55131 Mainz

### 14.06.10: Sitzung Kommission Hochschularbeit

Veranstalter: VAA

Ort: VAA Geschäftsstelle Köln, Mohrenstr. 11-17, 50670 Köln



### Verantwortung übernehmen!

So lautet das Motto des VAA für die [Betriebsratswahlen 2010](#).